



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Tarifvertragliche Regelung der Eingruppierung angestellter Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nachdrücklich für eine tarifvertragliche Regelung der Eingruppierung angestellter Lehrkräfte einzusetzen.

Sofern der Abschluss einer solchen bundesweiten Regelung auch in der kommenden Tarifrunde 2013 nicht gelingt, wird die Landesregierung aufgefordert, spätestens im Herbst 2013 landesbezirkliche Verhandlungen mit den zuständigen Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt aufzunehmen.

Begründung

Nach Auffassung der einbringenden Fraktion zählt die Eingruppierung von Angestellten zum Kernbereich bei der Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen, die üblicherweise durch Tarifverträge geregelt werden (Entgeltordnung). Die im Bereich der Lehrkräfte bestehende Regelungslücke, die durch einseitige Arbeitgeberrichtlinien ersatzweise ausgefüllt wird, resultiert aus der Geschichte der westlichen Bundesländer und der dort vorherrschenden Einstellung von Lehrkräften im Beamtenverhältnis.

Dies hat sich bereits mit dem Beitritt der östlichen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland grundlegend geändert. Außerdem ist bis heute die Anzahl der angestellten Lehrkräfte in allen Bundesländern auf insgesamt ca. 200.000 angewachsen, so dass in keinem Fall mehr davon ausgegangen werden kann, dass es sich hier lediglich um eine kleine und sehr spezielle Gruppe von Beschäftigten handele, für die eine tarifliche Regelung nicht erforderlich sei.

Es ist aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE Aufgabe des Staates, die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und ihre Einhaltung zu befördern. Hierzu

(Ausgegeben am 12.09.2012)

zählt auch die Tarifautonomie. Schon aus diesem Grund ist es für die einbringende Fraktion nicht hinnehmbar, dass der Staat als öffentlicher Arbeitgeber den Gewerkschaften freie Verhandlungen über grundlegende Arbeitsbedingungen für eine große Gruppe seiner eigenen Beschäftigten verweigert.

Die Fraktion DIE LINKE sieht eine Reihe von den Betroffenen immer wieder kritizierter Regelungen, die in der Entgeltordnung derzeit verankert sind. Dazu zählen u. a. die Regelungen für die so genannten „Nichterfüller“.

Die Fraktion hält es für geboten, dass solche Probleme durch Tarifverhandlungen im fairen Interessenausgleich einer Lösung zugeführt werden können.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender